

Pressedienst der GIK Nr. 9 vom 27. Januar 1929

Angriff auf die Labourpartei in Glasgow

Aktivitäten der antiparlamentarischen Kommunisten

17 Verhaftungen

Als Vorbereitung für die in diesem Sommer stattfindenden großen Wahlen in England hatte die Labourpartei in Glasgow eine große Versammlung einberufen, wo „Onkle Arthur“, der große Arthur Henderson¹, das Wort führen sollte. Die Gruppe der antiparlamentarischen Kommunisten in Glasgow, die, wie unsere Leser wissen, „The Commune“ herausgibt, war der Meinung, dass es einer Beleidigung der Arbeiterschaft gleich käme, wenn dieser gerissene Kapitalistenknecht sich ohne Widerstand unter den Arbeitern bewegen könnte, und darum wollten sie versuchen, *diese Versammlung zu sprengen*. Ein paar Tage vor der Versammlung wurde eine Extra-Nummer der „Commune“ verbreitet, worin die Rolle Hendersons im Kriegsministerium gezeigt wurde. Wir brauchen nicht erst zu sagen, dass er sich bewegte auf der Linie, welche auch Ebert-Scheidemann mit so viel „Erfolg“ verfolgt haben. In leidenschaftlicher Sprache wird darauf hingewiesen, wie Henderson die sozialistische Presse unterdrückte, soweit diese sich dem Krieg widersetzte, wie er Sozialisten einsperren ließ und wie er der Urheber der allgemeinen Arbeitspflicht für Männer und Frauen im Dienste des Krieges war. Im Besonderen wird er verantwortlich gemacht für den Klassenjustizmord an dem Revolutionär *James Connolly*², der wegen Hochverrats hingerichtet wurde. Weiter wird in Erinnerung gebracht, wie Henderson noch bei der Behandlung der Kriegsgesetze am 2. April 1924 sich gegen folgenden Antrag erklärte:

- 1) Abschaffung der Todesstrafe.
- 2) Das Recht des Soldaten, gegen ein Todesurteil in höhere Instanz zu gehen.
- 3) Zu verweigern, bei Streiks aufzutreten.
- 4) Zu verweigern, einen Gottesdienst mitzumachen.

„Henderson stimmte gegen diesen Antrag, der selbst von einem kapitalistischen Reformisten verteidigt worden konnte.“

Beim Eröffnen der Versammlung stellte sich heraus, dass eine große Zahl Arbeiter dort war, um das Referat Hendersons unmöglich zu machen. Kaum hat der Vorsitzende das Wort ergriffen und den Namen *Henderson* genannt, und der Radau bricht los. Es knatterten Wutausbrüche wie „Weg mit dem Verräter“, „weg mit dem Spion“, „Mörder“! Darauf gab der Vorsitzende des anwesenden Labourgesangsvereins ein Zeichen, worauf dieser einen Labourgesang einsetzte. Als Antwort sprang unser Kamerad Aldred auf einen Stuhl und setzte das „Lied von dem Aufstand“ des ermordeten Connolly ein. „Aufstand“ erwies sich stärker und der offizielle Chor wurde von dem revolutionären niedergebrüllt. Die Folge davon war, dass Polizisten gerufen wurden, die sich sofort zu Aldred wandten und ihn aufforderten, den Saal zu verlassen. Dieser weigerte sich, worauf sie ihn niederrissen und dann hinaustrugen. Damit kehrte Henderson zurück und nahm das Wort, aber schon beim ersten Satz entstand wieder Radau. Wieder Polizisten, ein paar Frauen wurden verhaftet. Dieses Spiel wiederholte sich noch mehrere Male, bis nach einer Stunde immer erneut einsetzender Unruhe 17 Personen verhaftet waren. Darauf stand einer der übrigen Opponenten auf, der seine Genossen aufforderte, als Protest den Saal zu verlassen. Etwa 50 Arbeiter verließen en bloc den Saal, und damit konnte die Versammlung ohne weitere Störung verlaufen. Die revolutionären Arbeiter hatten ihr Ziel also nicht erreicht, die Versammlung wurde nicht gesprengt.

Für Deutschland würde ein solcher Bericht nicht viel Bedeutung haben, solche Versammlungen hat es genug gegeben und gibt es sicher noch. In England ist das anders; da bedeutet eine solche offene Rebellion der Arbeiter gegen die offiziellen Führer, dass die theoretische Scheidung aus den Führerkreisen in die Massen eindringt. Dass die Arbeiter dann eine entschiedener Sprache reden, spricht sicher nicht zu ihrem Nachteil. Wir können es nur

¹ Arthur Henderson (1863-1935) war ein britischer Politiker. „1924 stellte die Labour Party unter Premierminister Ramsay MacDonald erstmals die Regierung, in der Henderson vom 23. Januar 1924 bis 4. November 1924 als Innenminister fungierte. In dieser Funktion beteiligte er sich am Genfer Protokoll über Abrüstungsfragen. Im zweiten Kabinett MacDonald war er vom 8. Juni 1929 bis 24. August 1931 Außenminister. In dieser Funktion war er unter anderem an den Haager Konferenzen zur Neuregelung der Reparationszahlungen des Deutschen Reiches sowie an der Flottenkonferenz von 1930 beteiligt. 1929 nahm Großbritannien unter seiner Ägide erstmals wieder diplomatische Beziehung zur Sowjetunion auf.“

[https://de.wikipedia.org/wiki/Arthur_Henderson]

² James Connolly (1868-1916 in Dublin) war ein irischer Gewerkschafter, marxistischer Sozialist, Theoretiker und Revolutionär. Connolly wird heute sowohl von Sozialisten, Gewerkschaftern als auch irischen Republikanern als ein Vorkämpfer geehrt. Er wurde nach dem Scheitern des Osteraufstands 1916 als Anführer der Irish Citizen Army von britischen Besatzern in Dublin hingerichtet.

[[https://de.wikipedia.org/wiki/James_Connolly_\(Gewerkschafter\)](https://de.wikipedia.org/wiki/James_Connolly_(Gewerkschafter))]

begrüßen, wenn es zur Selbstverständlichkeit wird, dass Verräter an der Arbeiterklasse nicht in Arbeiterversammlungen sprechen dürfen. In diesem Sinne zeigt auch das Vorkommnis in Glasgow, dass die englischen Revolutionäre an der Arbeit sind.



Die holländische Sozial-Demokratie und ihre linke Strömung IV.

Die Agrarfrage I.

Die holländische sozialistische Bewegung hat immer stark unter deutschem Einfluss gestanden, das Vorbild der großen, erfolgreichen SPD und der deutschen, „freien“ Gewerkschaften galt nahezu absolut. So ist es begreiflich, dass in den Jahren 1918 - 1923, als die Probleme der „Sozialisierung“ auf der Tagesordnung standen, diese auch von der holländischen SDAP in Studium genommen wurden. Es entstand eine Kommission, welche die Zukunftsmusik der Sozialisierung komponierte. Sie hat ihr Kunstwerk im „Sozialisierungsrapport“ verewigt.

Besonderes war die Komposition der Hymne an die „Sozialisierung der Landwirtschaft“. Die Schwierigkeit liegt hier eben darin, dass die Entwicklung der Landwirtschaft in Bezug auf die Konzentration des Kapitals ganz anders verlaufen ist als in der Industrie. In der Industrie gab es immer größere Knotenpunkte von Produktion mit zentraler Verfügungsgewalt, in der Landwirtschaft keine Konzentration der Betriebe, sondern Erhaltung, ja bis heute noch ein weiteres Vordringen des Kleinbesitzes. So einfach die Sozialisierung der Industrie für diese Leute ist, die die Sozialisierung nur als Verstaatlichung mit staatlicher Verfügungsgewalt betrachten, so schwierig erscheint sie in der Landwirtschaft, weil bei ihnen nur die „reifen“ Betriebe, d.h., solche, die in die staatlich zentrale Verfügungsgewalt eingeordnet werden können, für „Vergesellschaftung“ in Betracht kommen.

Die Auflösung dieses schwierigen Problems ist dann auch ein Verlegenheitsprodukt. Der „Rapport“ besagt, dass die bäuerlichen Großbetriebe an den Staat übergehen sollen und der Kleinbesitz in Privatbewirtschaftung verbleibt, bis „das siegende Proletariat“ auch auf dem Lande die Bedingungen für allgemeine „Vergesellschaftung von Grund und Boden“ herbeigeführt hat. Eines wird aber ausdrücklich erwähnt: *„Die Lage der kleinen Bauern ist durch Pachtgesetze nicht zu verbessern, sondern ist nur durch die Sozialisierung zu heben.“*

Dies ist die sogenannte Theorie (und was für eine), dann aber kommt die Praxis. Man muss bei den kommenden Wahlen auf Bauernfang gehen, darum erscheint als grundlegende Forderung ein ... „rechtliches Pachtgesetz“.

Hier setzen die Linken mit ihrer Kritik ein. Sie decken den Widerspruch in Theorie und Praxis auf, verlangen die Propaganda für die Theorie der SDAP und wollen die Sozialisierung als zentralen Punkt der Wahlstätigkeit auf dem Lande. Dabei sind sie so freundlich, darauf hinzuweisen, dass die „Praxis“ der offiziellen Partei nur durch den Ministersozialismus diktiert wird. Die Linken zeigen sich hier als Wächter der Theorie, sie wollen sich nicht durch zeitliche Scheinerfolge von ihren Zielen abbringen lassen.

Da nun die Linken die Sozialisierung der Landwirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Forderungen stellen, machen wir darauf aufmerksam, dass die Sozialisierung, so wie sie dieselbe sich denken (Sozialisierung der „reifen“ Betriebe), hier nichts anderes ist als Verstaatlichung der Großgüter (wenn auch unter dem Schein von Selbstverwaltung). West- und Mitteleuropa haben aber überwiegend Klein- und Mittelbauern, und diese werden von der „Sozialisierung“ unberührt gelassen, d.h., praktisch bleiben die Dinge in der Landwirtschaft beim Alten. Diese Lösung der Agrarfrage ist keine Lösung. Diese Sozialisierung der Landwirtschaft ist eine Phrase.

Wir werden später noch zeigen, wie in dieser Auffassung die Eigenart der kapitalistischen Entwicklung der Agrarwirtschaft völlig verkannt wird. Vorläufig nur einige Bemerkungen über die Sozialisierung im Allgemeinen:

Einer der ersten Köpfe der deutschen Sozialdemokratie ist ehrlich genug zu schreiben, dass Marx diese „moderne“ Auffassung von der Sozialisierung nicht teilte, „nicht der Staat, sondern eine Verbindung der freien Associationen der sozialistischen Gesellschaft soll den Wirtschaftsprozess regeln“.³ (siehe H. Cunow. Die Marxsche Geschichtstheorie, Band 1, S. 309). Die allgemeine Strömung, welche die „Vergesellschaftung“ mit offener „Verstaatlichung“ identifiziert, ist nur das Produkt des Reformismus als sozialpsychologische Erscheinung der Aufwärtsbewegung des Kapitalismus. Es ist zu befürchten, dass seine verheerende Wirkung uns auch noch durch die Hölle des Staatskapitalismus gehen lässt.

Der alte Wilhelm Liebknecht hat dies schon gewittert, wenn er auch nicht sehen konnte, wie die Sozialdemokratie selber vom Kapitalismus aufgesogen wurde. In einem Referat über „Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie“ führte er aus:

³ Der Pressedienst zitiert hier Cunow sehr freizügig. Im Original heißt es: „Allerdings will Marx im Gegensatz zu der Cobdenschen Schule letzten Endes wieder eine feste Regelung des Wirtschaftsprozesses, aber nicht durch den Staat, sondern durch eine Verbindung der freien Assoziationen der sozialistischen Gesellschaft.“ (Cunow: Marxsche Staatstheorie. S. 309, 1. Bd.)

„Je mehr [der Kapitalismus seinem Untergange entgegengeht, sich zerbröckelt und auflöst -, je mehr]⁴ die bürgerliche Gesellschaft einsieht, dass sie sich auf die Dauer nicht gegen den Ansturm der sozialistischen Ideen verteidigen kann, desto näher sind wir auch dem Momente, wo der Staatssozialismus in vollem Ernst proklamiert werden wird, und der letzte Kampf, den die Sozialdemokratie zu kämpfen hat, wird ausgefochten werden unter dem Schlachtruf: Hie Sozialdemokratie hie Staatssozialismus!“ (Cunow, S. 340)

Wie alle marxistischen Losungen durch die Aufstiegsperiode des Kapitalismus zu spießbürgerlicher Reformpolitik wurden, so geschah es auch mit der „Sozialisierung“ der Produktionsmittel und des Grund und Bodens. Die Sozialisierung, so wie Sozialdemokratie und Gewerkschaften sie wollen, führt zwangsläufig zum Faschismus, zur Beherrschung und Ausbeutung der Massen, sei es auch in anderen Formen als im „freien“ Kapitalismus.

Für die soziale Revolution gibt es keine „reifen“ oder noch nicht „reifen“ Betriebe, sondern ist die kommunistische Gesellschaft als Ganzes „reif“. Nicht der Staat „vergesellschaftet“, sondern die Produzenten. Durch ihre Betriebsorganisationen regeln sie den Wirtschaftsprozess, und zwar nach dem Maß, der auf jedes Produkt oder jede Leistung verwendeten Arbeitszeit. Nicht der Staat, sondern die Assoziationen der Betriebsorganisationen sind die Gesellschaft, und eben durch deren exakte Zeitberechnung hat ein Staat in der Produktion und Verteilung als solcher nichts zu suchen. Allerdings erscheint der Staat anfänglich noch, aber für jeden klar und deutlich als Unterdrückungsapparat zur Niederhaltung der Konterrevolution.

(Schluss folgt.)



Wie die holländische Bourgeoisie die deutsche Sozialdemokratie beurteilt

Das Organ des holländischen Schifffahrtskapitals, „De Nieuwe Rotterdammer Courant“, lässt in der Ausgabe vom 20. November 1928 ihren deutschen Korrespondenten folgendes berichten: „Aber - ich habe es früher schon bemerkt - es gibt ein Motto, welches der Leitfaden der Praxis der Sozialdemokratie in Deutschland ist, stärker als alle Programme, stärker als die Marx'sche Lehre, stärker, viel stärker als der Wille der sozialdemokratischen Wähler, - und dieses Motto ist: „Weil wir Sozialdemokraten sind, werden wir zeigen, welch' brauchbare Mitglieder einer bürgerlichen Regierung wir sein können.“ Das steht voran, das beherrscht alles, und darum braucht das Ausland sich nicht zu beunruhigen über die Regierungsveränderungen in Deutschland. Wenn die Sozialdemokraten die größte Partei einer Regierungskoalition sind, dann kann man überzeugt sein, dass sie den konservativen Elementen Konzessionen machen werden, und, stärker noch, das konservative Element hat nicht einmal nötig, um diese Konzessionen zu fragen. Sie werden ihm in den Schoß geworfen.

Denn der heimliche Stolz von demjenigen, der in dem Beruf eines deutschen Sozialdemokraten (es ist hier viel mehr ein Beruf als eine Überzeugung) ein ordentliches Stück Leiterpyramide des sogenannten Bonzentums hinaufkletterte, ist, dass er so äußerst akzeptabel für seinen politischen Gegner ist, deren Ideen so gut begreift und dem Rechnung trägt, dass er nicht zu weit geht, sondern gerne zu Kompromissen bereit ist, dass er zwar Reformen will, aber von allem nicht zu schnell, kurzum: dass er praktisch in jeder Beziehung und so stark wie möglich gerade das Gegenteil ist von dem, was man von einem Sozialdemokraten erwarten könnte.

Amsterdam, 20 Januar 1929

Sek: H. Canne-Meier

Transvaalstraat 125



Neue sozialistische Partei in Holland

⁴ Ergänzung des Zitats durch die Herausgeber

Ende Februar wird hier eine neue „revolutionär sozialistische Partei“ gegründet von dem linken sozialdemokratischen Gewerkschaftler *Stenhuis*⁵ und seinem Berufsbruder vom NAS *Sneevliet*⁶. Der Programmwurf läuft mit dem der „Linken“ von der SDAP parallel.



Quelle: anarchistische Gruppe Krefeld (AGKr)

⁵ Roelof Stenhuis, geboren am 26. März 1885, gestorben am 13. Juni 1963, war in den zwanziger Jahren Vorsitzender der Gewerkschaft NVV. Er befürwortete angesichts der Weltwirtschaftskrise eine Strategieänderung der Gewerkschaft im Hinblick auf eine sozialistische Umgestaltung. Für die SDAP war er von 1923 bis 1928 Abgeordneter im Senat und ab 1925 im Repräsentantenhaus. Während der deutschen Besetzung der Niederlande sympathisierte Stenhuis mit den sozialpolitischen Ideen der Nazis.

⁶ [https://www.historici.nl/pdf/kpp/revolutionair_socialistische_partij.pdf]